

Ex-Ministerin: Großkonzerne dürfen nicht die Politik bestimmen

Wirtschaft Däubler-Gmelin spricht über geplante Handelsabkommen. Sie kritisiert, dass Parlamente kein Mitspracherecht haben

Memmingen Ein Handelsabkommen mit den USA und Kanada ist durchaus sinnvoll, doch es darf nicht dazu führen, dass Großkonzerne die Politik bestimmen: Das war die Kernaussage der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), die auf Einladung des Aktionsbündnisses „Stoppt TTIP“ und des Evangelischen Bildungswerkes nach Memmingen gekommen war. Sie sprach im vollbesetzten Saal des Bonhoeffer-Hauses.

Die ehemalige Spitzenpolitikerin schilderte, was die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und CETA (mit Kanada) bringen würden, falls das Europa-Parlament die vorliegenden Entwürfe billigt. Dann würden nach Däubler-Gmelins Darstellung Lobbyisten das Recht bekommen, an Gesetzen mitzuschreiben und demokratische Prozesse zu unterlaufen. Gesetzesvorschläge, die den Interessen von Konzernen zuwiderlaufen, würden in den Schubladen verschwinden,

bevor Abgeordnete davon erfahren, glaubt die Ex-Justizministerin. Der Einfluss großer Unternehmen könne bis in die Kommunalparlamente reichen, fügte sie hinzu.

Däubler-Gmelin ging auch darauf ein, welche Möglichkeiten es noch gebe, die Ratifizierung der beiden Abkommen zu verhindern. Sie forderte eine breite Diskussion über die Entwürfe. Gespräche mit den heimischen Abgeordneten, Demonstrationen oder Eingaben an die Parlamente würden sich anbieten. „Kommen Sie vom Balkon der Zuschauer herunter und mischen sie sich ein“, rief Däubler-Gmelin dem Publikum zu. In den neuen Verträgen gehe es nicht nur um den Abbau von Zollbeschränkungen, sondern um einen freien Marktzugang und um alles,

was die Gewinnerwartungen stören könne, sagte die Referentin. Berücksichtigt werden sollten beispielsweise die Automobil- und die Pharma-Industrie, der Maschinenbau, Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Wasserversorgung oder die von den Stadt- und Gemeinderäten festgelegte Gewerbesteuer.

„Keine klaren Standpunkte“

Empörend sei, dass die Parlamente der EU-Staaten und die Bürger kein Mitspracherecht hätten, monierte Däubler-Gmelin. In dem Zusammenhang kritisierte sie auch die verantwortlichen Bundespolitiker. Sie hätten „keine klaren Standpunkte“ und würden sich nicht gegen den Entzug ihrer Kompetenzen wehren.

Ins gleiche Horn stießen Zuhörer bei der anschließenden Diskussion: „Wir haben hier einen Generalangriff auf die Demokratie. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“, hieß es beispielsweise. (gw)



Däubler-Gmelin